

Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.06.2001

Sitzungsort:
Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:
17.00 Uhr - 18.20 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Beigeordnete Helga Grix - Vorsitzende -
Ratsherr Rico Mecklenburg
Ratsfrau Elfriede Meyer
Beigeordnete Jenny Tamminga

CDU

Ratsherr Uwe Hellmann
Ratsherr Nils Köhler

für Ratsherr Hegewald

Stimmberechtigte sonstige Mitglieder

Herr Wilhelm Grix
Frau Helga Kruse
Frau Regina Meinen

Nichtstimmberichtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)
Beigeordnete Christine Schmidt-Reinders

F.D.P. (Grundmandat)
Ratsherr Erich Bolinius

für Ratsherr Dr. Beisser

Beratende Mitglieder

Frau Ursula Henrich
Herr Abdou Quedraogo
Herr Walter Saathoff
Herr Tom Sprengelmeyer
Herr Uwe Willms
Frau Carola Wonhöfer

von der Verwaltung

Stadtrat Ewald Fürst
Stadtangestellter Holger Meister
Stadtangestellter Eckhard Kühl
Stadtangestellte Wilma Wermuth

Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.06.2001

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix eröffnet die Sitzung, begrüßt die Presse und die anwesenden Zuhörer und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Gegen die vorgelegte Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.02.2001

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.02.2001 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Vorlage 13/1203/4
Vertrag mit der Ev.-ref. Kirchengemeinde Larrelt über die Finanzierung und den Betrieb des Kindergartens in der Lise-Meitner-Straße

Herr Saathoff stellt den Vertrag vor. Er betont, dass der Vertrag auf der Grundlage der im Jugendhilfeausschuss erfolgten ausführlichen Diskussion aufgesetzt sei. Der Vertrag enthalte alle von der Kirche angebotenen Konditionen, wie der jährliche Eigenanteil von 10.000 DM, die Begrenzung der Regiekosten auf 4 % der Gesamtkosten und die kostenlose Fachberatung. Ansonsten sei der Vertrag vom Grundsatz her ähnlich wie die bereits mit der Kirche abgeschlossenen Verträge formuliert. Er empfehle daher dem Ausschuss die Zustimmung zum Vertragsentwurf.

Herr Mecklenburg hat keine Einwände zum Vertrag, wolle aber nochmals nach der Namensgebung des Kindergartens fragen.

Herr Saathoff antwortet, dass sich die Verwaltung nicht in die Namensgebung von Kindergärten einmische. Es bleibe hier bei dem Vorhaben des Trägers, den Namen gemeinsam mit den Eltern und Kindern des Kindergartens zu suchen und festzulegen.

Beschluss: Dem Verwaltungsausschuss wird folgender Beschluss empfohlen:

Mit der Ev.-ref. Kirchengemeinde Larrelt wird der der Vorlage 13/1203/4 als Anlage beigefügte Vertrag geschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 5: Vorlage 13/1612
Anträge von Vereinen und Verbänden

Herr Sprengelmeyer erläutert die Vorlage und betont, dass es sich bei den aufgelisteten Maßnahmen sowohl um solche handelt, die sich innerhalb der Richtlinien bewegen, als auch um solche, die vom Ausschuss genehmigt werden müssen. Ziel sei es, den Ausschussmitgliedern einen Gesamtüberblick über den aktuellen Stand der Internationalen Be-

Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.06.2001

gegnungen, der Erholungsfreizeiten, der Fahrten und Lager, der Betriebs- und Sachkostenzuschüsse und der Kurzfreizeiten zu geben.

Herr Sprengelmeyer bittet, den Beschluss um eine Position zu ergänzen, und zwar um einen Zuschuss für die Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Höhe von 2.150,-- DM zzgl. Mwst. Kurzfristig habe die Deutsche Kriegsgräberfürsorge einen Antrag auf Bezuschussung eines Aufenthaltszeltes im Werte von 4.300,-- DM zzgl. Mwst. gestellt.

Herr Mecklenburg fragt, ob für die Stadt die Möglichkeit gegeben ist, die Zelte der Vereine und Verbände zu nutzen.

Herr Sprengelmeyer antwortet, dass die Zusammenarbeit mit den Vereinen und Verbänden gut laufe, und insbesondere bei größeren Veranstaltungen dieses nie ein Problem sei.

Herr Bolinius stellt fest, dass einige Verbände einen Zuschuss erhalten sollen, die nicht in Emden ansässig sind und fragt, was es damit auf sich habe.

Herr Sprengelmeyer betont, dass immer nur die Teilnehmer mit Wohnsitz in der Stadt Emden bezuschusst werden. Ausnahmen seien, z. B. die Zuschüsse für Kinder aus Prenzlau, Archangelsk oder Weissrussland, die immer im Ausschuss behandelt und beschlossen werden müssen.

Herr Grix ergänzt diese Erläuterungen mit der Information, dass die Emdener Vereine und Verbände natürlich auch bei den umliegenden Landkreisen Zuschüsse für deren Kinder und Jugendliche beantragen, wenn diese mit den Emdern mitfahren.

Geänderter

Beschluss: An Vereine und Verbände werden unter Einbeziehung des Zuschusses gem. Ziffer 5f die folgenden Zuschüsse gezahlt:

1. Internationale Begegnungen

- | | |
|---|------------------------------------|
| a) Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge vom
10.07. bis 08.08.2001 in St. Desir, Frankreich
Zuschuss für 12 Teilnehmer aus Archangelsk
und 3 Teilnehmer aus Prenzlau | 4.275,00 DM |
| b) AWO/DGB Emden vom 05.07. bis 19.07.2001 in
Grandcamp/Frankreich
Zuschuss für 5 Teilnehmer aus Archangelsk | 1.425,00 DM |
| c) CVJM Emden; Urlaub vom verstrahlten Alltag
Zuschuss für 20 weißrussische Kinder
in Verden/Aller vom 29.06. - 12.07.2001 | <u>4.300,00 DM</u>
10.000,00 DM |

2. Erholungsfreizeiten

- | | |
|---|------------------------------------|
| a) Sommerfreizeit der Sportjugend Emden auf
Borkum vom 24.07. - 07.08.2001
36 TeilnehmerInnen | 14.920,00 DM |
| b) Sommerfreizeit CVJM in Verden/Aller vom
29.06. bis 12.07.2001
35 TeilnehmerInnen | <u>9.850,00 DM</u>
24.770,00 DM |

3. Fahrten und Lager

- | | |
|---|-------------|
| a) Ev.- Luth. Kirchengemeinde Emden nach
Schottland v. 20.07. bis 05.08.01
53 TeilnehmerInnen | 2.544,00 DM |
|---|-------------|

Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.06.2001

b)	Ev.-Luth. Kirchengemeinde Emden Feriencamp in Nordloh vom 28.06. - 18.07.01 10 TeilnehmerInnen	1.200,00 DM
c)	Gemeindejugendwerk Ev.-Freikirchliche Gemeinde Fahrt nach Hude v. 28.06. - 18.07.01 10 TeilnehmerInnen	90,00 DM
d)	Gemeindejugendwerk Ev.-Freikirchliche Gemeinde Jugendscharzeltlager in Vechta vom 01.06. bis 04.06.01 5 TeilnehmerInnen	60,00 DM
e)	Blau-Weiss Borssum Jugendlager in Varel vom 16. bis 17.06.01 15 Teilnehmer	90,00 DM
f)	Blau-Weiss Borssum Jugendlager auf Borkum vom 31.08. - 02.09.01 15 TeilnehmernInnen	135,00 DM
g)	Blau-Weiss Borssum Jugendlager auf Borkum vom 24.08. - 26.08.01 20 TeilnehmerInnen	180,00 DM
h)	DPSG/Gemeinde St. Michael Zeltlager in Lünne vom 28.06. - 07.07.01 70 TeilnehmerInnen	2.100,00 DM
i)	CVJM Landesverband Ostfriesland Kindercamp in Rorichmoor vom 26.06. bis 07.07.01 5 TeilnehmerInnen	180,00 DM
j)	CVJM Landesverband Ostfriesland Sport-Teens-Camp in Rorichmoor vom 09.07. bis 15.07.01 5 TeilnehmerInnen	105,00 DM
k)	CVJM Landesverband Ostfriesland Freizeit für junge Leute auf Sardinien vom 02.07. bis 16.07.01 5 TeilnehmerInnen	210,00 DM
l)	Life for Youths Jugendlager in Bantega/NL vom 21.07. bis 28.07.01 12 TeilnehmerInnen	252,00 DM
m)	Deel-Danzer Emden Kinderfreizeit in Lüneburg vom 15.06. bis 17.06.01 13 Kinder	117,00 DM
n)	Ev. Reformierte Kirchengemeinde Hinte Jugendfreizeit in Ares/Frankreich vom 22.07. - 05.08.01 10 TeilnehmerInnen	420,00 DM
	Weiterhin liegen Zuschussanträge für div. Freizeiten des EC-Kreisverbandes Ostfriesland und vom ev. ref. Jugendbüro Pewsum vor. (Teil- nehmerzahl ist noch nicht bekannt) ca.	<u>1.500,00 DM</u> 9.183,00 DM

4. Betriebskostenzuschüsse

- | | | |
|----|---|-------------|
| a) | Kath. Kirchengemeinde für den Betrieb ihrer
Jugendräume im Gemeindehaus St. Michael
(bei Gesamtkosten v. 7.805,45 DM) | 3.902,73 DM |
| b) | CVJM Emden für den Betrieb des Hauses | |

Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.06.2001

Hinter der Halle 3-5 einschl. Jugendcafe "ConnAction" (bei Gesamtkosten v. 21.000,--)	14.000,00 DM
c) DLRG Ortsgruppe Emden e. V. für Betrieb der Jugendräume (bei Gesamtkosten v. ca. 3.000,--)	<u>2.000,00 DM</u>
	19.902,73 DM

5. Sachkosten

a) Kath. Kirchengemeinde für offene Jugendarbeit und Einrichtung eines Jugendcafes im Gemeindehaus St. Michael (bei Gesamtkosten v. 1.814,68 DM)	907,34 DM
b) Keingarten Bauverein Heimaterde e. V. Schreberjugend für die Anschaffung von Material (bei Gesamtkosten v. 300,--)	200,00 DM
c) Constantia-Treff e. V. für die Anschaffung von Software-Lizenzen (bei Gesamtkosten v. 2.397,-- DM)	1.600,00 DM
d) Eltern- u. Kinderzentrum "Wackelpeter" für die Anschaffung eines Tischfußballspieles und Cafeausstattung (bei Gesamtkosten v. 2.000,-- DM)	1.300,00 DM
e) AWO Kreisverband Emden e. V. für Zelt- materialien, Hockerkocher u. Tische u. Bänke (bei Gesamtkosten von ca. 5.000,--)	<u>2.500,00 DM</u>
f) Deutsche Kriegsgräberfürsorge für die Anschaffung eines Zeltens (Gesamtkosten: 4.988,-- DM)	<u>2.494,--DM</u>
	9.001,34 DM

6. Kurzfreizeiten

a) CVJM Kurzfreizeit nach Verden zur Vor- bereitung von Fahrten und Lagern 2001 vom 13. - 16.04.2001	<u>544,60 DM</u>
	544,60 DM

Ergebnis: einstimmig

Punkt 6: Vorlage 13/1614
Sanierung von Kinderspielplätzen

Herr Meister erläutert die Vorlage zur Sanierung von Kinderspielplätzen. Er verweist auf die ausführliche Diskussion im Jugendhilfeausschuss am 07.09.2000, in der der gesamte Sanierungsbedarf erläutert wurde. Da nur 100.000,-- DM im Haushalt zur Verfügung stehen, habe die Verwaltung nach vorheriger Prüfung eine Priorität festgelegt und schlage vor, mit den genannten Spielplätzen an der Fruchteburgschule, an der Graf-Edzard-Straße und am Platz Unner de Boomen in diesem Jahr zu beginnen. In allen Fällen ist eine Beteiligung der Kinder, Anwohner und des Kollegiums und der Elternvertretung der Schule nach dem neuen § 22e NGO gewährleistet.

Herr Hellmann äußert sich zustimmend zu der Tatsache, dass endlich angefangen werde, in die Spielplätze zu investieren. Positiv sei auch, dass Kinder durch die Beteiligung in die Verantwortung genommen würden. Er drückt weiterhin seine Hoffnung aus, dass auch Jugendliche für diese Vorhaben aktiviert werden können, um so z.B. zukünftigen Zerstörungen

Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.06.2001

vorbeugen zu können. Herr Hellmann fragt, ob es möglich sei, die Spielplätze auch zu Zeiten zu kontrollieren, wenn keiner damit rechnet.

Herr Mecklenburg fragt nach einer möglichen Beteiligung an den Sanierungsarbeiten durch die Jugendwerkstatt der lutherischen Kirche bzw. der städtischen Beschäftigungsgesellschaft AAGE. Ansonsten erklärt er für die SPD die Zustimmung für die in dem Antrag genannte Prioritätenfestlegung.

Herr Bolinius möchte wissen, wie hoch die Summe sei, wenn man alle notwendigen Spielplatzsanierungen durchführen würde.

Herr Sprengelmeyer erklärt, dass man von einer durchschnittlichen Sanierungssumme von 50.000,00 DM pro Spielplatz ausgehen könne. Insgesamt gebe es in Emden 60 Plätze, die nach und nach instandgesetzt werden sollen.

Herr Fürst nimmt zu den Fragen Stellung und erklärt, dass eine Beteiligung der AAGE und Jugendwerkstatt vorgenommen werden soll, soweit diese das fachtechnisch könnten und die Haftungsfragen geklärt seien. Er könne sich auch vorstellen, dass man mit den Gesellschaften über die Wartung und Überwachung der Plätze verhandeln werde.

Frau Meyer fragt nach, ob von diesen Geldern neue Plätze, wie der am Körmeisterweg, eingerichtet werden müssen.

Herr Meister antwortet, dass die Anlage und Einrichtung neuer Plätze gesondert finanziert werde und dass die Ausschreibung für den Spielplatz Körmeisterweg am Laufen sei.

Herr Grix fragt, ob sichergestellt sei, dass die Vorschläge, die im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gemacht werden, auch umgesetzt werden.

Herr Sprengelmeyer betont, dass die Federführung in seinem Fachdienst liege und er somit auf die Berücksichtigung der Ideen der Beteiligten besonderen Wert lege, soweit diese im fachlichen und finanziellen Rahmen blieben.

Beschluss: Für die nachstehenden Kinderspielplätze wird eine grundlegende Sanierung bzw. Wiedereinrichtung vorgenommen:

- a) Spielplatz der Fruchteburgschule, Kostenaufwand: ca. 20.000,-- DM
- b) Spielplatz an der Graf-Edzard-Straße, Kostenaufwand: ca. 60.000,-- DM
- c) Spielplatz Unner de Boomen, Kostenaufwand: ca. 20.000,-- DM

Ergebnis: einstimmig

Punkt 7: A n t r ä g e

Begegnungsstätte für die Jugend im Stadtteil Wybelsum;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 17.05.2001
(mündliche Mitteilung)

Herr Mecklenburg zitiert kurz aus dem Schreiben der SPD-Fraktion an den Oberbürgermeister vom 16.05.2001 und beantragt, die Verwaltung solle den Sachstand bezüglich der Jugendbegegnungsstätte in Wybelsum erläutern.

Herr Bolinius und Herr Hellmann äußern sich verwundert über einen Antrag der SPD, zumal alle Fraktionen an einer Begehung teilgenommen hätten und das Ergebnis einvernehmlich in einem Protokoll festgehalten sei.

Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.06.2001

Frau Grix lässt über die Zulassung des Antrages abstimmen.

Ergebnis: einstimmig

Herr Sprengelmeyer bezieht sich in seinen Erläuterungen auf die Begehung des Kellers des Dorfgemeinschaftshauses Wybelsum am 09.05.2001, an der 11 Personen aus Politik und Verwaltung teilgenommen haben. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass der Keller für Jugendarbeit nicht geeignet sei. Spontan habe sich die Gruppe entschlossen, das z.Zt. leerstehende städtische Gebäude in der Kloster-Langen-Straße 29 zu besichtigen. Von der Verwaltung werde nun geprüft, welchen Wert dieses Haus hat, wie hoch evtl. Umbaukosten seien und ob dieses dann für Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden könne. Herr Sprengelmeyer berichtet, dass in der Zwischenzeit eine Besichtigung mit Jugendlichen des Stadtteils, Frau May vom JZ Larrelt und Herrn Janssen, dem Hausmeister der Schule Wybelsum stattgefunden habe und von diesem Teilnehmerkreis ein starkes Interesse an der Nutzung dieses Gebäudes geäußert wurde. Das Gebäude sei sehr groß, so dass einige Räumlichkeiten eventuell einer anderen Nutzung, z.B. durch Vereine, zugeführt werden könne. Herr Sprengelmeyer sichert zu, den Ausschuss und die beteiligten Personen auf dem Laufenden zu halten.

Frau Grix stellt mit Bedauern fest, dass sie als Ausschussvorsitzende keine Einladung zu dem Begehungstermin erhalten habe. Sie wünscht in Zukunft einbezogen zu werden.

Herr Mecklenburg fordert die Verwaltung auf, die geschilderte Intention weiter zu verfolgen und vor allem die aktive Beteiligung der Jugendlichen zu betreiben. Es sei natürlich auch interessant, etwas über die Höhe der Kosten zu erfahren.

Herr Bolinius und Herr Grix weisen in ihren Beiträgen auf das Problem der Bereitstellung von Betreuungspersonal für die Jugendarbeit in Wybelsum hin.

Herr Bolinius ergänzt, dass diese Frage natürlich auch für andere Stadtteile, wie z.B. jetzt aktuell für Petkum, beantwortet werden müsse.

Herr Sprengelmeyer erwidert, dass er sich natürlich schon Gedanken darum gemacht hätte. Es wird immer schwieriger, sich um alle neu entstehenden Jugendtreffs in den Stadtteilen angemessen zu kümmern. In den beiden genannten Stadtteilen könne er sich aber schon vorstellen, dass diese Treffpunkte von den bestehenden Jugendzentren in Larrelt und Borsum angeleitet und begleitet werden.

Punkt 8: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Vorlage 13/1615
Bericht über die familiäre Bereitschaftsbetreuung

Herr Saathoff stellt zunächst die für die familiäre Bereitschaftsbetreuung zuständige Sozialarbeiterin Frau Wilma Wermuth vor. Er erläutert anschließend, dass sich der Soziale Dienst seit 3 Jahren an diesem Projekt des Deutschen Jugendinstitutes(DJI) beteilige. Ziel sei es, für Kinder und Jugendliche eine Alternative zur Schutzunterbringung in einem Heim zu schaffen. Dieses bewirke neben pädagogischen Vorteilen, auch eine Kostenreduzierung. So seien im Jahr 2000 insgesamt 42 Kinder in Obhut genommen worden, davon 11 in den Bereitschaftsfamilien. In Schutzhäusern oder Heimen betragen die Kosten für eine Unterbringung pro Tag 234,00 DM, in den Familien 80,00 DM. Insgesamt seien 820.000,00 DM für Schutzmaßnahmen ausgegeben worden. Der finanzielle Aufwand wäre etwa 130.000,00 DM höher gewesen, wenn die familiäre Bereitschaftsbetreuung nicht zur Verfügung gestan-

Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.06.2001

den hätte. Die Verwaltung habe daher die Absicht, diese Betreuungsform nach Ende des Projektes fortzuführen.

Frau Wermuth ergänzt diese Ausführungen durch Erläuterung des pädagogischen Hintergrundes der familiären Bereitschaftsbetreuung. Ziel sei vor allem, für die Kinder einen weitestgehend konstanten Rahmen auch bei einer Fremdunterbringung zu behalten. Insbesondere sei es wichtig, dass sie in der Schule oder dem Kindergarten bleiben können und auch sonstige Kontakte zu Freunden etc. weiterhin pflegen. Zur Zusammenarbeit mit dem DJI berichtet Frau Wermuth, dass diese gerade bei der Findung von Kriterien zur Auswahl der Betreuungsfamilien und der Anleitung dieser wichtig war. So seien die Kriterien für eine Betreuungsfamilie folgende: Sie müssen in Emden wohnen, 1 Elternteil darf nicht erwerbstätig sein, 1 eigenes Kind muss mindestens 3 Jahre alt sein, sie dürfen keine weiteren Pflegekinder haben. Zudem benötigt diese Familie für die Tätigkeit ein professionelles Verständnis ihrer Aufgabe verbunden mit viel Einfühlungsvermögen gegenüber der Situation der Kinder. Anfangs wurden anhand dieser Kriterien 10 Familien ausgewählt und zu einer Schulungsreihe eingeladen. Von diesen Familien blieben 4 übrig, mit denen seit 2 Jahren zusammengearbeitet wird. Zunächst war nur die Aufnahme von Vorschulkindern in eine Betreuungsfamilie vorgesehen. Aufgrund der guten Erfahrungen wurden im Laufe der Zeit auch ältere Kinder untergebracht. Die Altersspanne reiche nun von 0 - 14 Jahren. Die durchschnittliche Verweildauer in den Familien betrage 3 Monate. Als Ergebnis stellt Frau Wermuth fest, dass 2/3 der Kinder im Anschluss der Maßnahme wieder in die Herkunftsfamilie zurückkehren, für 1/3 musste die Unterbringung in eine Pflegefamilie veranlasst werden. Auch nach Beendigung der Unterbringung in eine Bereitschaftsfamilie werde in der Regel weiter Kontakt zu ihr gehalten.

Herr Mecklenburg bedankt sich für den ausführlichen Bericht und fragt, ob die Fortführung des Projektes nach Beendigung der Zusammenarbeit mit dem DJI gesichert werden könne.

Frau Wermuth antwortet, dass die Unterstützung des DJI nicht finanzieller, sondern ausschließlich wissenschaftlicher Art gewesen sei. Es erfolge noch eine Auswertung, die auch veröffentlicht werde.

Herr Saathoff ergänzt, das eigentliche Problem sei, dass Frau Wermuth nur für die Dauer des Projektes befristet eingestellt werden konnte. Er würde sich darum bemühen, hier eine dauerhafte Lösung zu finden.

Frau Meyer fragt nach, ob in der Zeit der Unterbringung etwas in der Herkunftsfamilie passiere. Sonst träfen die Kinder nach ihrer Rückkehr wieder auf die gleiche Situation.

Frau Wermuth erläutert, dass die Zeit der Krise immer auch als Zeit der Klärung genutzt werde. So arbeiten die Kollegen der Bezirkssozialarbeit mit den Herkunftsfamilien. Die Rückkehr der Kinder sei zudem meist auch mit weiteren ambulanten Maßnahmen verbunden. Die von ihr genannte Zahl von 1/3 der Kinder, die fremd untergebracht werden müssen, sei im Vergleich als sehr gering zu werten.

Herr Hellmann fragt nach der Auswahl der Familien. Er wundere sich, dass nur 4 Familien übrig geblieben seien.

Frau Wermuth erläutert, dass einige Familien, nachdem ihnen das Ausmaß der Verantwortung und die Schwierigkeit der Aufgabe bewusst wurde, ausgestiegen seien. Andere hätten nach der ersten Aufnahme eines Kindes gesagt, dass sie das auf Dauer nicht könnten. Hier werde nochmals deutlich, wie schwierig es sei, die Kinder aufzunehmen und nach der Klärung auch wieder loslassen zu können. Das erfordere ein äußerst professionelles Handeln. Es habe auch Familien gegeben, bei denen von seiten des Jugendamtes die Zusammenarbeit nicht fortgesetzt wurde.

Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.06.2001

Herr Mecklenburg äußert abschließend, den Wunsch seiner Partei, diese Form der Inobhutnahme finanziell und personell dauerhaft abzusichern.

- - - - -

2. Vorlage 13/1613
Vorstellung der Ergebnisse über die Befragung zur Schulkinderbetreuung

Herr Meister erläutert die Vorlage und stellt zwei Aspekte heraus, die Grundlage für diese Befragung und ggfls. notwendiger Schlussfolgerungen seien. Zum Einen nennt er den Auftrag, der sich aus dem §1 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) ergebe, nämlich Eltern bei der Erziehung beraten und unterstützen zu müssen und positive Lebensbedingungen für Kinder und ihre Familien zu schaffen und zum Zweiten sei die Schaffung eines attraktiven Lebensumfeldes auch ein zunehmend stärker ins Gewicht fallender ökonomischer Standortfaktor. Herr Meister geht dann auf die Befragung und deren Ergebnisse ein. Der Fragebogen sei von einer Arbeitsgruppe erarbeitet worden. Es seien insgesamt 1600 Fragebögen an die diesjährigen Schulanfänger, sowie an die Schüler der 1. und 2. Klassen aller Emdener Grundschulen verteilt worden. Insgesamt 60% der Fragebögen seien wieder zurückgekommen. Von den Rückmeldungen ergab sich bei etwa 30% ein Bedarf nach Betreuung über die Zeiten der Grundschule und auch der Verlässlichen Grundschule hinaus. Insbesondere werde eine Betreuung nach der Schule bis 15.00 oder 16.00 Uhr gewünscht und ein noch höherer Bedarf sei für die Ferienzeiten zu vermelden. Hier werde eine tägliche Betreuung von 5 - 6 Stunden als notwendig angegeben. Darüber hinaus werden auch notwendige Betreuungszeiten vor Schulbeginn genannt. Es werde der eindeutige Zusammenhang zur Berufstätigkeit der Eltern deutlich.

Herr Hellmann hält die Schulkinderbetreuung für sehr wichtig. Seiner Meinung nach sei die Zahl von 30% etwas zu hoch gegriffen, aber bei 20% der Kinder könne er sich schon einen Betreuungsbedarf vorstellen. Die Antworten nach der Art der Betreuung, z.B. der Wunsch nach Hausaufgabenbetreuung, hält er nicht für besonders überraschend.

Herr Meister bestätigt letztere Einschätzung, vor allem aus den persönlichen Bemerkungen der Eltern werde deutlich, dass diese vielfach mit den Anforderungen überfordert seien.

Frau Schmidt-Reinders fühlt sich mit den Ergebnissen der Befragung bestätigt, dass die derzeitigen Betreuungsmöglichkeiten für Schulkinder bei weitem nicht ausreichend seien. Sie fragt, was von Verwaltungsseite aus passieren werde.

Herr Fürst weist auf den hohen finanziellen Bedarf hin. Es sei eine Subventionierung, die eigentlich die Eltern bezahlen müssten.

Herr Sprengelmeyer erklärt, der Arbeitskreis werde Schritte zur Umsetzung vorschlagen. Seiner Meinung nach gehe es zunächst um die Absicherung vorhandener Projekte, wie der Betreuung an der Herrentorschule, oder um die Wiederbelebung von Projekten und Räumlichkeiten, wie z.B. in der Alten Post.

Herr Mecklenburg begrüßt die Absicht der Verwaltung, das Projekt an der Herrentorschule weiterzuführen, da es seines Wissens nach sehr kostengünstig sei und von der Konzeptionierung Modellcharakter habe.

Herr Saathoff führt aus, dass diese Einrichtung pro Jahr ein Zuschuss in Höhe von 40.000,00 DM bekomme. Mit Einführung der verlässlichen Grundschule ab dem kommenden Schuljahr werde eine Veränderung des Konzeptes in Bezug auf Nachmittags- und Ferienzeiten erforderlich.

Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.06.2001

Frau Wonhöfer bedauert in ihrem Beitrag, dass, obwohl die Nachfrage so groß sei, der Zuschuss für das Projekt an der Herrentorschule wieder nur für ein Jahr genehmigt wurde. Es müsse auf jeden Fall langfristig fortgeführt werden.

Frau Tamminga sagt, dass ihrer Meinung nach der Hauptknackpunkt in der Ferienbetreuung liege. Sie fragt an, ob in der Befragung deutlich wurde, dass für eventuelle Angebote ein Elternbeitrag erhoben werden müsse.

Herr Meister antwortet, dass sowohl in dem Begleitschreiben, als auch in dem Fragebogen selber deutliche Hinweise auf eine Kostenbeteiligung der Eltern gemacht wurden.

- - - - -

3. Jugendtreff Petkum

Herr Sprengelmeyer berichtet über den Sachstand des geplanten Umbaus im Obergeschoss des Bürgerhauses in Petkum. Es stünden mit den Mitteln des Nachtragshaushaltes für den Umbau 100.000,00 DM zur Verfügung, die Kostenschätzung belaufe sich aber auf 125.000,00 DM. Es werde jetzt geprüft, ob z.B. durch Eigenleistungen Einsparungen zu erzielen seien. Es sei des Weiteren mit dem Bürgerverein vereinbart, die Jugendlichen stärker zu beteiligen und einzubinden.

Herr Bolinius meint, wenn der Mehrbetrag nicht ein Zuspänsparen sei, müsse nochmals ein Nachtrag kommen. Er betont die Frage der personellen Betreuung des Jugendtreffs.

Herr Sprengelmeyer antwortet, dass auch hier die Einbeziehung der Mitarbeiter des JZ Borssums in der Diskussion sei, der Jugendtreff aber durch Jugendliche verantwortlich geführt werden müsse. Durch den FD Jugendförderung sei nicht mehr als eine Anleitung der Jugendlichen zu leisten.

- - - - -

4. Ferienpass

Herr Sprengelmeyer berichtet, dass in der Vorbereitung des diesjährigen Ferienpasses durch krankheitsbedingte Personalausfälle Schwierigkeiten und Verzögerungen aufgetreten seien. So musste der erste Anmeldetag um eine Woche auf den 24.06.2001 verschoben werden. Dennoch sei jetzt das Programm mit über 160 Veranstaltungen unter Beteiligung von 90 Vereinen und Verbänden fertiggestellt. Eigene Veranstaltungen der Jugendförderung fehlten allerdings mangels Personal und mangels Praktikanten gänzlich. Die Durchführung der Ferienpassaktion werde nur durch den Abschluss eines Werkvertrages sichergestellt, der mit Herrn Ulfert Grotrian, der den Ferienpass als Anerkennungspraktikant vor einigen Jahren organisiert hat, abgeschlossen wurde. Die Veranstaltungen seien auch in einem Kalender zusammengefasst, der jetzt an Schulen verteilt worden sei.

Punkt 9: Anfragen

Keine

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.20 Uhr.